

PRESSEMITTEILUNG DER REGIONALGRUPPE NORDRHEIN-WESTFALEN VOM 11. MAI 2017

## NRW-Wahl: Nachhaltige Steuerung und Mehreinnahmen zu wenig im Blick

FÖS-Synopse und Podiumsdiskussion mit politischen Parteien in NRW

Welche auf Umwelt, Ressourcen und Nachhaltigkeit bezogenen steuerlichen Positionen und Ideen haben die größeren Parteien, die zur NRW-Landtagswahl antreten? Das hat die **Regionalgruppe NRW des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS)** analysiert und am 9.5. in Düsseldorf zum Thema einer **Diskussionsrunde mit Vertretern von sieben Parteien** gemacht. „Unsere Synopse/Analyse verdeutlicht ebenso wie die Podiumsdiskussion, dass dieses Thema bislang viel zu wenig Aufmerksamkeit bei den Parteien findet“, so das **Fazit des FÖS-Vorsitzenden Kai Schlegelmilch**. „Ein Wandel ist möglich und dringend geboten, und umweltgerechte Preise und Steuern sind der wesentliche Hebel, mit dem das Verhalten einer großen Zahl von Menschen und Unternehmen in nachhaltiger Richtung beeinflusst werden kann.“

Die **FÖS-Analyse der Wahlprogramme** in umwelt- und finanzpolitischer Hinsicht zeigt zwar erste zaghafte Ansätze, um das Verursacherprinzip endlich durchzusetzen - also eine Übernahme der Umweltschadenskosten durch die Verursacher statt durch die Allgemeinheit. „Aber bei dieser vom FÖS dringlich geforderten „Internalisierung“, also Einbeziehung dieser Kosten in die Preise, liegen große Potentiale brach“, so Schlegelmilch weiter.

Die Parteienvertreter von AfD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Linke, Piraten und SPD diskutierten ihre Positionen zum Abbau umweltschädlicher Subventionen und zu gezielten Lenkungssteuern für Wirtschaft und Umwelt - und damit gleichzeitig für Einnahmen zugunsten des Landeshaushalts. Für einen schnellstmöglichen Braunkohleausstieg sprachen sich die Vertreter von Bündnis 90/die Grünen, Linke und Piraten aus, während der SPD-Teilnehmer eher ein dynamisches Konzept mit längerer Nutzungsmöglichkeit favorisierte. Weit auseinander gingen die Ansichten beim Thema Klimawandel: Für seine Position eines - wenn überhaupt - nur geringfügig menschengemachten und aus seiner Sicht daher kaum beeinflussbaren Klimawandels erntete der AfD-Vertreter erheblichen Protest. Ebenso wandten sich die anderen Parteivertreter - mit jeweils unterschiedlichen Konzepten - geschlossen gegen seine Position, das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) ersatzlos zu streichen und die Mittel zur Erreichung des 2 Grad-Zieles in Entwicklungshilfe zu stecken.

Kontrovers diskutiert wurden insbesondere die teils sehr verschiedenen Ansätze zu den Themen Energie, Natur/Fläche und Verkehr. Während Martin-Sebastian Abel von Bündnis90/Die Grünen die hohen Nachhaltigkeitsanforderungen des NRW-Pensionsfonds als positives Beispiel anführte und Flächenfraß und Versiegelung als wichtige Politikansätze benannte, forderte Michael Aggelidis (Linke) den einkommensabhängigen, fahrscheinlosen ÖPNV und einen „Erneuerbare-Energien (EE)-Soli“ statt der EEG-Umlage. Michael Hübner (SPD) verwies auf das seit Jahren geltende ÖPNV-Sozialticket in NRW und eine Spitzenposition von NRW beim EE-Zubau, wobei er einen weiteren Ausbau der Windkraft in NRW an geeigneten Standorten befürwortete. Den vom FÖS geforderten Ansatz der Internalisierung von Umweltschadenskosten bewertete Dr. Christoph Holtwisch (CDU) grundsätzlich positiv. Er hob eine große Initiativbereitschaft für Veränderungen hin zur Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene hervor und forderte dort Freiraum für eine flexible Handhabung von Regeln und Vorschriften. Dr. Marek Jenöffy (FDP) plädierte für einen Umbau des Steuersystems, betonte die Bedeutung eines freien Wettbewerbs und sah in Deutschland wie auch in anderen Ländern Raum für eine Energiewende mit ökologischen Steuerungsinstrumenten. Christian Loose (AfD) forderte ein Weiterlaufen der Atomkraftwerke und Lieferung des Atom Mülls nach Russland zur Verarbeitung in dortigen Schnellen Brütern. Hanns-Jörg Rohwedder (Piraten) warb vehement für die Streichung von umweltschädlichen Subventionen, für eine Verkehrswende mit Ausbau des Schienenverkehrs und Ende der im Vergleich zur Bahn viel zu niedrigen Flugkosten. Er warb für eine Wertschöpfungsabgabe auf Maschinen- und Roboterarbeit. Diese könne eine

CO<sub>2</sub>-Steuer, mit der z.B. in Dänemark gute Erfahrungen gesammelt wurden, gut ergänzen. Beide seien eine bessere Alternative zur Besteuerung von Arbeitseinkommen.

Die FÖS-Vertreter konnten in der Diskussionsrunde ihren Ansatz, dass die ökologisch-soziale Marktwirtschaft wieder in die Parteiprogramme gehöre und man besser Schlechtes als Gutes besteuern müsse („Tax Bads, not Goods“), bei den Parteivertretern anbringen. Beispiele wären eine Abschaffung der Subventionierung des Verbrauchs von Diesel, Mindestpreise in Form einer CO<sub>2</sub>-Steuer für Emissionen und angemessene Kosten für den Verbrauch von Allgemeingütern/Ressourcen.

„Die Landespolitiker\_innen sollten zugunsten von Umwelt und Finanzen des Landes NRW wesentlich stärker den Abbau umweltschädlicher Subventionen in den Blick nehmen und gezielt Steuern auf Umweltverbrauch einführen“, forderte zum Abschluss der Vorsitzende der FÖS-Regionalgruppe NRW, Dr. Harald Müller-Witt.

Zum Hintergrund: Veranstalter der Diskussionsrunde war die FÖS-Regionalgruppe NRW.

Teilgenommen haben (in alphabetischer Reihenfolge):

- Martin-Sebastian Abel, MdL, Sprecher für Haushalts- und Finanzpolitik der Bündnis 90/Die Grünen
- Michael Aggelidis, Landtagslistenkandidat Die Linke
- Dr. Christoph Holtwisch, Bürgermeister der Stadt Vreden, CDU-Bezirksvorstand Münsterland
- Michael Hübner, MdL, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der NRW-Landtagsfraktion der SPD
- Dr. Marek Jenöffy, Wahlkampfmanager FDP Kreisverband Düsseldorf
- Christian Loose, Landtagslistenkandidat AfD
- Hanns-Jörg Rohwedder, MdL, Sprecher für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der NRW-Landtagsfraktion der Piraten.

Unter [www.foes.de/nrw/](http://www.foes.de/nrw/) steht die Synopse über die fiskalischen und umweltpolitischen Aussagen der Landtagswahlprogramme von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke, Piratenpartei und AfD kostenlos zur Verfügung.

Weitere Informationen über Ziele, Vorstand und Beirat (Vorsitz: Bundesminister a. D. Hans Eichel) des überparteilichen FÖS unter [www.foes.de](http://www.foes.de).

**Kontakt:** Dr. Harald Müller-Witt, Vorsitzender der FÖS-Regionalgruppe NRW; [Hmueller-witt@web.de](mailto:Hmueller-witt@web.de)

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. (FÖS) ist ein überparteilicher und unabhängiger politischer Think Tank. Wir setzen uns seit 1994 für eine Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft ein und sind gegenüber Entscheidungsträger\_innen und Multiplikator\_innen Anstoßgeber wie Konsensstifter. Zu diesem Zweck werden eigene Forschungsvorhaben durchgeführt, konkrete Konzepte entwickelt und durch Konferenzen, Hintergrundgespräche und Beiträge in die Debatte um eine moderne Umweltpolitik eingebracht. Das FÖS setzt sich für eine kontinuierliche ökologische Finanzreform ein, die die ökologische Zukunftsfähigkeit ebenso nachhaltig verbessert wie die Wirtschaftskraft.